

Haushaltsantrag zum Haushalt 2019

Antragsteller/in	SPD-Fraktion
Antrag / Betreff	Beitritt zur Agenda 2030 und Bereitstellung von jährlich 50.000 € für entwicklungspolitische Aktivitäten
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> Finanzwirksamer Antrag <input type="checkbox"/> <u>Nicht</u> -finanzwirksamer Antrag
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input checked="" type="checkbox"/> Aufwand <input type="checkbox"/> Auszahlung um _____ 50.000 _____ €
Deckungsvorschlag (bei Aufwands- / Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2019 <input checked="" type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend
Hintergründe / Begründung	<p>Im September 2015 haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 verabschiedet. Ein Programm mit 17 Punkten, das die Welt fairer und gerechter machen soll. Unverzichtbar ist das Engagement von Kommunen und Regionen. In Baden-Württemberg sind schon einige Städte beigetreten, bislang aber erst zwei Landkreise.</p> <p>Der Rems-Murr-Kreis könnte hier ein deutliches Zeichen für mehr Menschlichkeit, für mehr Verantwortung für „eine Welt“ setzen.</p> <p>In den 31 Kommunen gibt es viele bürgerschaftliche Initiativen, die der Landkreis mit jährlich 50.000 € bei ihrer Arbeit unterstützen soll. Über die Vergabe der Mittel soll eine Jury aus Landrat, Fraktionsvertretern und zum Beispiel der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit entscheiden.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	<p>Hintergrund zur Agenda 2030</p> <p>Bei der Agenda 2030 handelt es sich um politische Zielsetzungen, die sich die Vereinten Nationen, und damit auch Deutschland, in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Ökonomie, Soziales und Ökologie gesetzt haben. Die Ziele traten zum 1. Januar 2016 in Kraft und haben eine Laufzeit bis 2030, sie gelten für alle Staaten. Die Agenda 2030 umfasst 17 Ziele (Sustainable Development Goals) zu Themen wie Armut, Hunger, Gesundheit, Frieden und Gleichberechtigung aber auch zu Klimaschutz, Energieversorgung, Konsum etc.</p> <p>In Deutschland stellt die von der Bundesregierung im Januar 2017 verabschiedete Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie die Grundlage für die „Sustainable Development Goals“ (SDG) dar. Auch Programme wie das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm oder das Nationale Programm für nachhaltigen Konsum sind dafür gedacht, diese Ziele zu erreichen.</p> <p>Das Land Baden-Württemberg unterstützt mit dem Förderprogramm „bwirkt“ der Stiftung für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) die Umsetzung von Projekten in In- und Ausland, die im Zusammenhang mit den SDGs stehen. Sowohl Bürgerinitiativen als auch Kommunen und Unternehmen können hierbei Projekte einreichen.</p> <p>Der Agenda 2030 per se kann der Landkreis nicht beitreten, ihren Zielen fühlt sich der Landkreis jedoch selbstverständlich verbunden und trägt mit seiner täglichen Arbeit direkt und indirekt zu deren Erreichung bei. Ganz aktuell sei hier zum Beispiel die Verabschiedung des 3. Klimaschutz-Handlungsprogrammes genannt.</p> <p>Der Kreis verfügt über kein Budget, das für die Ziele der Nachhaltigen Entwicklung im gesamten eingesetzt werden kann.</p> <p>Im Rahmen des Klimaschutzhandlungsprogramm stehen allerdings erstmals 250.000 € Projektmittel zur Verfügung, mit denen dem Antrag entsprechend auch entwicklungspolitische Projekte aus dem Landkreis Bezug zum Klimaschutz gefördert werden könnten.</p> <p>Dieses Vorgehen empfiehlt die Verwaltung auch vor dem Hintergrund, weil es in der Verwaltung noch keine Erfahrung gibt, ob und inwieweit die bereit gestellten Fördermittel vollständig ausgeschöpft werden können. In den Folgejahren kann hier ggfs. im Sinne des Antrags nachgesteuert werden.</p> <p>Die Einrichtung eines gesonderten Gremiums erachtet die Verwaltung im Sinne einer schlanken und effizienten Verwaltung zumindest in einem ersten Schritt nicht als notwendig, da im UVA regelmäßig über das Klimaschutzhandlungsprogramm und Projekte berichtet werden soll.</p> <p>Im Übrigen weist die Verwaltung darauf hin, dass für weitere SDGs Bürgerinitiativen Landes-Fördermittel bei der Stiftung für Entwicklungszusammenarbeit beantragen.</p>
Beschlussempfehlung	<ol style="list-style-type: none"> 1. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt zu, dass im Rahmen der Umsetzung des Klimaschutzhandlungsprogramms auch Förderanträge aus dem Landkreis mit entwicklungspolitischem Bezug zum Klimaschutz gefördert werden können. 2. Die Verwaltung berichtet über die Zahl der entwicklungspolitischen Förderanträge, um auf dieser Grundlage ggfs. weitere Maßnahmen abzuleiten zu können.